

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 9 86 846 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Robert Antretter MdB fordert ein strategisches Analysezentrum der WEU: Die jugoslawische Tragödie darf sich nicht wiederholen.

Seite 1

Horst Schmidbauer MdB verlangt eine schnelle Hilfe für die Opfer der Blut-AIDS-Katastrophe: Steuerfreie Millionen der Versicherungswirtschaft heranziehen.

Seite 3

Marianne Klappert MdB und Dr. Liesel Hartenstein MdB werfen der Bundesregierung mangelndes ökologisches Bewußtsein vor: Mit 'peanuts' gegen das Waldsterben.

Seite 4

### Dokumentation

Johannes Rau hat das von Ingomar Hauchler herausgegebene Buch 'Globale Trends 93/94' in Bonn vorgestellt: 'Ohne Entwicklung im Süden kein Frieden im Norden. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 231

3. Dezember 1993

### Die jugoslawische Tragödie darf sich nicht wiederholen

Die WEU braucht ein strategisches Analyse-Zentrum

Von Robert Antretter MdB

MITGLIED DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER WEU

Die Beziehungen zwischen der WEU und den mittel- und osteuropäischen Staaten waren - neben dem von Hartmut Soell vorgelegten NATO/WEU-Bericht - gewiß das Hauptthema der gestern nachmittag zu Ende gegangenen Herbstversammlung der WEU in Paris. Ein vom politischen Ausschuß in die parlamentarische Versammlung eingebrachter Bericht gibt einen guten, aber auch sehr beunruhigenden Überblick über die zahlreichen ungelösten Konflikte in Mittel- und Osteuropa. Er zeigt, wo die Konfliktpotentiale liegen, und er erinnert an die Situation der Minderheiten in den mittel- und osteuropäischen Staaten; er ermahnt gleichzeitig, aus der Katastrophe des Versagens der westlichen Staatengemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Und in der Tat wurde die drohende Eskalation des Konflikts in diesem Teil unseres Kontinents im Jahr 1989 viel zu spät erkannt. Wir müssen deshalb unser besonderes Augenmerk auf die Bewertung von Stabilitätsrisiken bei potentiellen Konflikten richten.

Hier liegt ein sinnvoller Ansatz der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Staaten im Konsultationsforum der WEU. Wir sollten im Rahmen dieser Zusammenarbeit eine Art strategisches Analysezentrum einrichten, mit dem auch scheinbar unwesentliche politische Veränderungen im Hinblick auf ihre langfristigen Folgewirkungen bewertet werden können. Vergessen wir nicht, daß der innerjugoslawische Konflikt mit der Annexion des Kosovo durch Serbien im Jahr 1989 seinen Ausgang nahm und die Internationale Staatengemeinschaft auf diese Veränderung damals nur unzureichend reagiert hat.

Als einen weiteren Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten sollten wir sie - zusammen mit der Europäischen Union - unterstützen, ihre Rüstungsindustrien auf zivile Produkte umzustellen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundlich  
mit 100% Recycling-Papier



Wir können kein Interesse daran haben, daß vor unserer Haustür diese Staaten aus rein wirtschaftlichen Gründen ihre Rüstungsexporte ankurbeln und somit zur Destabilisierung von bestimmten Regionen oder gar zur Weiterverbreitung von gefährlichen Waffensystemen beitragen. Dazu wäre es allerdings wohl auch erforderlich, daß die Europäische Union bereit sein müßte, ihre Märkte für die Produkte aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten schrittweise stärker zu öffnen.

Darüber hinaus sollte in dem Konsultationsforum auf die Einbindung der nationalen Streitkräfte in die Gesellschaft und ihre parlamentarische Kontrolle hingewirkt werden. Es gibt hierzu in den WEU-Mitgliedstaaten die unterschiedlichsten Modelle. Eines davon ist unser deutsches Modell der inneren Führung oder des Staatsbürgers in Uniform, das dem Soldaten weitgehende Rechte bei einer schikanösen Behandlung durch seine Vorgesetzten verleiht und im übrigen die militärische Führung einer strikten Kontrolle durch die politische Führung unterwirft. Ich bin sicher, daß eine dieser Erfahrungen, wie zum Beispiel mit dem Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages oder den Kontrollrechten unseres Parlamentes im Verteidigungsbereich, bei den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa auf großes Interesse stoßen könnten. Schon deshalb sollte auch auf diesem Themenfeld eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit diesen Staaten eingegangen werden.

Bei einer intensivierten Zusammenarbeit mit den neuen Staaten des Konsultationsforums sollten wir eine Reihe von Kriterien aufstellen, die der langfristigen Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union gerecht werden. Dazu gehören eine vorbehaltlose Akzeptanz des individuellen Menschenrechtsschutzes des Europarates einschließlich der Anerkennung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes sowie die Bereitschaft, die Gruppenrechte der ethnischen und sprachlichen Minderheiten rechtsverbindlich zu schützen. Bekanntlich wird im Europarat derzeit an einem verstärkten Schutzmechanismus für die Minderheiten gearbeitet.

Schließlich sollten wir die mittel- und osteuropäischen Staaten mit der Erwartung konfrontieren, daß sie etwaige zwischenstaatliche Konflikte einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit vorlegen und die hieraus resultierenden Schiedssprüche akzeptieren. Diese Rechtsverpflichtung ist auch im revidierten Brüsseler Vertrag enthalten und bringt somit einen Mindeststandard für die friedliche Streitbeilegung zum Ausdruck. Die jugoslawische Tragödie darf sich nicht wiederholen. Wir müssen feststellen, daß die westliche Staatengemeinschaft sowohl bei der Prävention dieses Konflikts als auch im Krisenmanagement und auch in der strategischen Langzeitplanung versagt hat und die Konfliktparteien sogar die Regierungen unserer Bündnisstaaten auseinanderdividieren konnten.

Um so wichtiger ist es, daß wir die Zusammenarbeit im Konsultationsforum auf eine substantielle Grundlage stellen und unsere Erwartungen eindeutig artikulieren, in denen wir als Europäer neben dem NATO-Kooperationsrat unseren eigenständigen Beitrag leisten können, der unseren demokratischen Erfahrungen gerecht wird und dem ökonomischen Gewicht der Staaten der europäischen Union entspricht.

(-/3. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Den Opfern der Blut-AIDS-Katastrophe schnell helfen**  
**Die steuerfreien Millionen der Versicherungswirtschaft für Stiftung heranziehen**

**Von Horst Schmidbauer MdB**  
**Sprecher der SPD im AIDS-Untersuchungsausschuß**

Mit den steuerfreien Millionen der Versicherungswirtschaft kann die Stiftung für die Opfer der Blut-AIDS-Katastrophe finanziert werden. An Geld fehlt es nicht.

Jetzt wissen wir aus den Berichten des Kartellamtes:

- o 20 bis 30 Millionen jährlich allein an Zinsen erwirtschaften die Erst- und Rückversicherer der Pharmaunternehmen aus den Überschüssen, die zu 75 Prozent steuerfrei als Rücklage gebunkert sind.
- o Das sind die Fakten, über die Bundesregierung und Versicherer angeblich nicht verfügen: 647 Millionen an Versicherungsprämien kassierten die Versicherer (Stand 1992).
- o 449 Millionen blieben als Überschuß. 343 Millionen davon, das sind die 75 Prozent, sind steuerfrei zinsbringend angelegt. Der kumulierte Zinsertrag beläuft sich auf etwa 20 bis 30 Millionen im Jahr.

Diese Rücklagen, der sogenannte "Pharmapool" sind vom Gesetzgeber steuerfrei gestellt zur Abdeckung von "Großrisiken" nach dem Arzneimittelgesetz. Der zweite Arzneimittel-GAU nach Contergan ist da. Wenn das kein Großrisiko ist, mehr als 2.000 Opfer, was denn sonst?

Den Opfern muß rasch geholfen werden.

Im 3. Untersuchungsausschuß ist mit der einstimmigen Festlegung von Eckpunkten die Grundlage für eine Stiftung gelegt worden, die sich auf den Vorstellungen des SPD-Antrages (12/5513) basiert.

Danach soll den Opfern einheitlich zusätzlich zu den von den Versicherern gezahlten Entschädigungen eine steuerfreie Kapitalentschädigung von 350.000 DM gezahlt werden. Diese Beträge können auch mündelsicher angelegt und in rentenähnlichen Teilbeträgen für die Hinterbliebenen (Partner/Kinder) weitergezahlt werden.

Unbestritten sind auch die Ansprüche von "Sekundär-Infektionen", das heißt bei Fällen, in denen Opfer unwissentlich ihre Partner infiziert haben. Sie sollen einen eigenständigen Rechtsanspruch erhalten. Leider wird bei der Soforthilfe, die bis zur Schaffung der Stiftung begrenzt ist, nach anderen Kriterien gehandelt.

Die SPD ist verärgert: Mit den von ihr beantragten und durchgesetzten 20 Millionen Bundesmittel werden nicht gleiche Rentenbeträge gezahlt für Infizierte und AIDS-Erkrankte. Anspruchsberechtigte Kinder bleiben unberücksichtigt. Durch eine falsche Fristsetzung bleiben die täglich neuen Opfer vor der Tür. Die Spaltung der Opfer ist unakzeptabel und verfassungsrechtlich zweifelhaft.

Es ist nicht mehr zu übersehen, daß es auch eine Staatshaftung geben kann. Gericht und der Untersuchungsausschuß brauchen dafür jedoch noch Zeit. Damit keine Prozeßlawine wegen der Verjährungsfalle droht, hat nun einstimmig der Untersuchungsausschuß dem Antrag der SPD Rechnung getragen und festgelegt, daß in einem Brief an den Bundeskanzler zum förmlichen Verzicht auf die Einrede der Verjährung aufgefordert wird.

Auch damit bleibt die Klärung von Schuld und Verantwortung zentrale Aufgabe des Untersuchungsausschusses und hat nach wie vor Priorität. Mit sehr kurzen Fristen bis zum Jahres

ende müssen BGA, Staatsanwälte und Richter, die Amtsvorgänger des Gesundheitsministers sowie betroffene Pharmaunternehmen ihre Unterlagen (Akten und Dokumente) zur Verfügung stellen.

Dann beginnt die Kärmer-Arbeit, dann beginnt die Aufarbeitung der Vergangenheit.

(-/3. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Mit "peanuts" gegen das Waldsterben**

**Die Bundesregierung weicht den ökologischen Erfordernissen aus**

**Von Marianne Klappert MdB und Dr. Liesel Hartenstern MdB**

Nach langem Zögern und unnötiger Geheimniskrämerei legt die Bundesregierung nun endlich ihren Waldzustandsbericht 1993 vor. Unnötig ist die Geheimniskrämerei deshalb, weil die Waldschadensberichte der Länder längst bekannt sind.

Das Ergebnis ist bundesweit, vor allem aber in einigen Bundesländern erschreckend. Das Waldsterben hält an und greift auf immer mehr Baumarten über:

- Insgesamt sind 2/3 der Bäume krank;
- die Schäden bei den Nadelbäumen stagnieren auf hohem Niveau: 60 Prozent der Fichten zeigen Schäden und gar 64 Prozent der Kiefern. Vermutlich ist der bescheidene Erfolg der Stagnation durch massive Kalkungsmaßnahmen bewirkt worden, die der Bodenversauerung entgegenwirken;
- bei den Laubbäumen schreiten die Schäden rapide fort: bundesweit ist jede 3. Buche (32 Prozent) und fast jede 2. Eiche (45 Prozent) krank. Gerade bei den Eichen sind die Schäden innerhalb eines Jahres explosionsartig angewachsen: von 32 Prozent 1992 auf jetzt 45 Prozent; in Baden-Württemberg haben die Erkrankungen im Eichenbestand, laut Forstminister Weiser, mit 76 Prozent eine traurige Rekordmarke erreicht.

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, daß Schadinsekten wie der Schwammspinner oder der Borkenkäfer und Stürme, Frost oder Trockenheit umso leichteres Spiel haben, je stärker der Wald vorgeschädigt ist.

Obwohl die SO<sub>2</sub>-Emissionen seit Erlass der Großfeuerungsanlagen-Verordnung (1983) um rund 2/3 zurückgegangen sind, hat sich die Belastungssituation für unsere Wälder kaum verbessert. Vorrangig wirksam sind heute die Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr und der Landwirtschaft: Stickoxide als Ausgangsstoff für das aggressive Reizgas Ozon und riesige Mengen Ammoniak als Folge einer intensiven Tierhaltung und der dabei produzierten Gülle. Angesichts der akuten Gefährdung des Gesamtökosystems Wald ist ein Sofortprogramm mit dem Ziel, die Schadstoffquellen zu verstopfen, dringend vonnöten. Die von der Bundesregierung aufgezählten Instrumente entpuppen sich bei näherem Hinsehen als schwächliche Alibi-Maßnahmen, als "peanuts", die den Kern des Problems nicht erfassen: Abgasuntersuchungen für alle KFZ oder Geschwindigkeitsbegrenzer für neue Busse und LKW über 10 beziehungsweise 12 t (warum nicht für alle?).

Wer die Gefahren des Waldsterbens ernst nimmt, muß an den zentralen Stellen der Schadstoffemissionen, insbesondere im Verkehrsbereich und beim Energieverbrauch ansetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu in ihrem Antrag "Bekämpfung des Waldsterbens" (12/5784) eine Reihe konkreter Vorschläge gemacht:

1. Reduzierung des überflüssigen Individual- und Straßengüterverkehrs unter anderem durch eine erhebliche Verbesserung und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV
2. Halbierung des Kraftstoffverbrauchs durch Einführung von Höchstverbrauchswerten für PKW und LKW (5 l-Konzept für PKW) ab dem Jahre 2000
3. Ersatz der Kilometerpauschale durch eine Entfernungspauschale
4. generelles Tempolimit 120/90/30 km/h
5. Einstieg in eine ökologische Steuerreform
6. Anreize zur Energieeinsparung und Umstellung auf abfallarme Produktion in allen Bereichen
7. neue Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft mit strikter Bindung der Viehhaltung an die bewirtschaftete Fläche und Reduzierung des Düngemittelsatzes et cetera.

Der Countdown für unsere Wälder läuft. Da sie zusätzlich zu den Schadstoffbelastungen einem vermehrten Klimastreß ausgesetzt sind, sind sie nur durch eine rasche ökologische Umsteuerung noch zu retten.

(-/3. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Johannes Rau: Ohne Entwicklung im Süden kein Frieden im Norden**

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau hat dieser Tage in Bonn als Vorsitzender der Stiftung Entwicklung und Frieden das von Professor Ingomar Hauchler, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, herausgegebene Buch "Globale Trends 93/94" vorgestellt. Seine Ausführungen dokumentieren wir im Wortlaut.

Es gibt die These, daß die Kräfte des Nordens nur für den Norden selber reichen, und daß der Norden Stabilität gewinnen müsse, erst dann könnten wieder Kräfte für den Süden frei werden oder frei gemacht werden.

Wir glauben, daß wir so nicht handeln können, sondern, wenn wir im Norden Frieden haben wollen, alles tun müssen für die Entwicklung im Süden.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden, deren Vorsitzender ich seit der Umgründung zu einer rechtsfähigen Stiftung geworden bin, möchte diese Arbeit gerne fördern, diesen Gesichtspunkt bewußt machen und sie möchte damit gleichzeitig Willy Brandts Vermächtnis in der Frage von Entwicklung und Frieden bewahren und weiterführen und das überparteiliche Engagement stärken.

Wir verstehen uns als Motor und als ein deutsches und als ein internationales Forum der Diskussion über nachhaltige Entwicklung und dauerhaften Frieden, über die Zivilisierung der internationalen Beziehungen und über Fragen der Nord-Süd-Zusammenarbeit und des Ost-West-Ausgleichs.

Wir wollen gerne einschärfen: Ohne Entwicklung im Süden wird es keinen Frieden im Norden geben, weil Gerechtigkeit und Friede unauflöslich zusammengehören. Und wenn wir die Ent-

wicklung im Süden wollen, müssen wir auch an der Entwicklung des Nordens arbeiten. Man kann das westliche Wohlstandsmodell nicht auf die ganze Welt übertragen. Wir dürfen uns nicht mehr an den alten Zielen orientieren, die Entwicklungspolitik bestimmt haben.

Wir möchten mit den "Globalen Trends" deutlich machen, wo die neuen Akzente liegen werden. Dieses Buch ist eine Gemeinschaftsarbeit der Stiftung mit Professor Dr. Hauchler und dem Institut für Entwicklung und Frieden der Universität-Gesamthochschule in Duisburg. Es macht deutlich, daß Entwicklung als präventive Friedenspolitik begriffen werden muß.

Das hat Konsequenzen, und die Fakten, die wir hier vorstellen, belegen das. Ich will es an zwei Beispielen deutlich machen: am internationalen Waffenhandel und am Export von Agrarüberschüssen.

Nicht zuletzt die Waffen, die wir aus dem Norden in den Süden exportieren, haben dort kriegerische Konflikte verstärkt.

Dadurch haben wir schon in der Vergangenheit Fluchtursachen geschaffen, die zu beseitigen wir jetzt weder Kraft noch Geld haben. Die weltweiten Aufwendungen für Rüstung und Militär haben einen Gipfelpunkt überschritten. Es ist kein Trend erkennbar, daß die Einsparungen durch Konversion, also durch die Umwandlung in zivile Produktion, zu einer "Friedensdividende" heranwachsen könnten, wie Willy Brandt sie immer wieder gefordert hat. Das gilt auch und gerade in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Wir glauben, daß da die westlichen Industrieländer in der Pflicht sind, daß ohne eine Wende in der Rüstungspolitik die Diskussion im Norden über "Überrüstung" im Süden völlig unglaubwürdig ist. Wir müssen beginnen mit Schritten des Rüstungsverzichts. Das macht in erster Linie Transparenz und demokratische Kontrolle in den Lieferländern nötig.

Nach wie vor haben wir Agrarüberschüsse, die aus der Europäischen Union in den Süden gehen und dort zum Ruin der heimischen Landwirtschaft beitragen. Die unzureichende Ernährung beeinflußt die Lernfähigkeit von Kindern, sie begünstigt Krankheiten, und sie beeinträchtigt die Arbeitsproduktivität. Unsere Agrarüberschüsse verstärken also den Teufelskreis von Armut und Unterversorgung, sie veranlassen viele Menschen zunächst zur Flucht in die Städte und dann zur Armutsflucht in die Staaten des Nordens.

Die "Globalen Trends", dieses - wie ich finde - einmalige Handbuch, machen deutlich den Zusammenhang von Außenhandel und Wirtschaftswachstum, machen deutlich, wie ungünstig sich die terms of trade im internationalen Handel für die Entwicklungsländer darstellen und wie extrem sich die konjunkturellen Schwankungen vor allem für Entwicklungsländer auswirken.

Ich will nur diese Punkte hier zur Einleitung sagen, weil ich glaube, daß wir neu auf diese Entwicklungen hören, auf sie achten müssen. Denn das, was in Mittel-, Ost- und Südosteuropa seit 1988 und bei uns in Deutschland seit 1989 geschehen ist, hat uns offenbar den Atem verschlagen und hat uns den Blick genommen für den Nord-Süd-Konflikt. deshalb brauchen wir eine klare Sicht, wie sich die Akzente von "Entwicklung" und "Frieden" verschoben haben. Die Statistiken und Übersichten in den "Globalen Trends 93/94" machen das deutlich.

Vielleicht darf ich schließen mit einem Zitat von Willy Brandt, der 1980 gesagt hat: "Wir haben unseren Ehrgeiz darein gesetzt, einfache Menschen besser verstehen zu lassen, wie sehr ihre Arbeitsplätze und ihr tägliches Leben mit dem verwoben sind, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht. Wir bitten unsere Mitmenschen, die Dinge neu zu durchdenken und mitzuempfinden, mitmenschlich zu handeln und so eine gemeinsame Zukunft sichern zu helfen."

Dem, was Willy Brandt da ausgesprochen hat, dient dieses Buch, dient die Arbeit unserer Stiftung und dient hoffentlich das, was aus diesem Buch und aus der Arbeit der Stiftung an die Öffentlichkeit kommt.

(-/3. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*